

N i e d e r s c h r i f t

über die 11. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Integration und Soziales
am 16.11.2006 im Kleiner Sitzungssaal des Neuen Rathauses

An der Sitzung nehmen folgende Stadtverordnete (StV) bzw. Sachkundige Bürgerinnen / Bürger (SB) teil:

Doose, Friederike,	Ausschussvorsitzende
Bleser, Harald,	1. stellv. Ausschussvorsitzender
Cormann, Joachim,	Ratsmitglied
Dohmen, Martina,	Ratsmitglied
Esser-Faber, Margarete,	Ratsmitglied
Hintzen, Ulrich,	Ratsmitglied
Plum, Wilhelm,	Ratsmitglied
Sauer, Karl,	Ratsmitglied
Stauch, Ingrid,	Ratsmitglied
Becker, Ulrike,	Sachkundige Bürgerin
Bochem, Hans-Peter,	Sachkundiger Bürger
Cremer, Franz,	Sachkundiger Bürger Abwesend
Hilgers, Markus,	Sachkundiger Bürger
Launer-Hill, Irene,	Sachkundige Bürgerin
Wagner, Almut,	Ratsmitglied mit beratender Stimme
Mauermann, Dietmar Georg,	Sachkundiger Einwohner
Kommnick, Rose-Marie,	Sachkundige Bürgerin (Vertreterin)

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Schulz, Martin	Dezernent III
Vogel, Günter	stellv. Dezernent III
Perse, Marcell	Museum z. TOP 8
Spohr, Heribert	Schriftführer

Die Vorsitzende eröffnet gegen 18:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Ausschuss für Kultur, Integration und Soziales beschlussfähig ist.

Änderungen der Tagesordnung ergeben sich nicht. Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung wie folgt dar:

Tagesordnung:

- A. Öffentlicher Teil
 - 1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
 - 1.1. Geplante Kürzungen der Landesförderung für die Weiterbildung
 - 1.2. Integrationskonzept des Kreises Düren
 - 2. Anfragen
 - 2.1. Anfrage der Stadtverordneten Friederike Doose vom 08.11.2006 zum Thema „Integration“
 - 3. Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten:
Vortrag und Gespräch mit dem Islambeauftragten der Kreispolizei

4. Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten;
hier: Antrag Nr. 46/2006 der SPD-Stadtratsfraktion vom 23.10.2006 zur Ausweisung eines muslimischen Gräberfeldes auf dem städtischen Friedhof Merscher Höhe
 5. Landesgleichstellungsgesetz NRW:
hier: Barrierefreies Jülich - Barrierefreie Nutzung öffentlicher Wege und Plätze
Antrag Nr. 41/2006 der SPD-Stadtratsfraktion vom 31.08.2006
 6. Sanierungskonzept für die städtischen Wohnhäuser im Bereich Schweizer Straße/Eschenweg - Sachstandsbericht
hier: Antrag Nr. 47/2006 der SPD-Stadtratsfraktion vom 23.10.2006
 7. Arbeitskreis Integration (AKI)
hier: Bericht
 8. Bericht des Stadtgeschichtlichen Museums/Museums Zitadelle Jülich
- B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- 1.1. Geplante Kürzungen der Landesförderung für die Weiterbildung
(Vorlagen-Nr.: 415/2006)

Mitteilung:

Das Land NRW plant für das Haushaltsjahr 2007 eine Kürzung der Förderung für den Weiterbildungsbereich in Höhe von 18% gegenüber dem Vorjahr. Zusammen mit einer bereits erfolgten Kürzung in den vergangenen Jahren bedeutet dies einen Rückgang der Landesförderung um 38%, ausgehend vom Bezugsjahr 2000.

Bereits die bislang erfolgten Kürzungen, die die VHS der Stadt Jülich von ca. 176.000,00 € auf 141.000,00 € trafen, konnten durch inhaltliche, organisatorische und personelle Änderungen nur teilweise kompensiert werden und trugen auch dazu bei, dass der Zuschussbetrag der VHS in den Jahren 2003 bis 2005 stieg. Die neuerlich ins Auge gefasste Kürzung bedeutet für die VHS der Stadt Jülich eine weitere Verminderung der Förderung in Höhe von ca. 26.000,00 € auf dann nur noch ca. 115.000,00 €. Die Möglichkeiten, diesen Betrag durch weitere Strukturänderungen auszugleichen, sind ausgereizt, sodass an Entgelterhöhungen kein Weg vorbei geht, es sei denn, dass das Land sich doch noch entschließt, die vorgesehenen Kürzungen zurückzunehmen oder zu vermindern.

Die ins Spiel gebrachte Förderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) eignet sich nicht, die Kürzungen zu kompensieren. Diese Mittel werden nur auf Antrag gewährt – können also auch abgelehnt werden -, sind projektbezogen, zeitlich befristet und unterliegen einer inhaltlichen Zweckbindung. Vor allem aber fordern sie eine 50%-ige Eigenbeteiligung der Kommunen. Ganz unabhängig davon ist mit der EU zu klären, ob es überhaupt zulässig ist, eingesparte Mittel der gesetzlichen Landesförderung durch ESF-Mittel zu ersetzen.

1.2. Integrationskonzept des Kreises Düren
(Vorlagen-Nr.: 416/2006)

Mitteilung:

Auf Anfrage zum weiteren Procedere des Integrationskonzeptes antwortet Frau Hausmann vom Kreis Düren:

Am 7. November tagt der Arbeitskreis Migration des Kreises Düren, um die Ergebnisse der Fachtagung vom August zu diskutieren und ggfl. noch Änderungen am Integrationskonzept zu beschließen. Es zeichnen sich jedoch keine Änderungen grundsätzlicher Natur ab.

Danach erfolgt noch im Laufe des November die kommunale Beteiligung. Voraussichtlich im Januar erfolgt die Einbringung und Beratung in den Fachausschüssen des Kreistages. Daran schließt sich die Beschlussfassung im Kreistag selbst an. Ein jährliches Berichtswesen soll die Umsetzungsschritte und den jeweiligen Sachstand transparent machen.

2. Anfragen

2.1. Anfrage der Stadtverordneten Friederike Doose vom 08.11.2006 zum Thema

2.2. „Integration“

(Vorlagen-Nr.: 451/2006)

Anfrage:

1. Wie viele Personen mit ausländischem Pass wohnen derzeit in Jülich? (Gastwissenschaftler des Forschungszentrums wenn möglich ausgenommen)
2. Welches sind die drei stärksten Gruppierungen?
3. Wie viele Einbürgerungsanträge wurden in 2005/2006 gestellt?
4. Gibt es eine Vorstellung, wie viele Menschen in Jülich einen sog. Migrationshintergrund haben?
5. Wie viele sind älter als 60 Jahre?
6. Wie viele Migrantorganisationen gibt es in Jülich? Gibt es Kontakte? Wenn ja, wie und durch wen werden sie gepflegt?
7. Welches Amt beschäftigt sich mit dem Integrationskonzept des Kreises oder wird sich damit beschäftigen?

Antworten:

Zu 1: Die Zahl von Mitbürgern mit ausländischem Pass lässt sich nicht ermitteln. Laut Auskunft des Amtes 32 sind in Jülich zur Zeit 3.259 Ausländer registriert. Das Forschungszentrum weist ca. 800 Gastwissenschaftler jährlich aus.

Zu 2: Die stärksten Gruppierungen sind Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und China, letztere möglicherweise durch den hohen Studentenanteil an der FH.

Zu3: In 2005 wurden 84 Einbürgerungsanträge gestellt, in 2006 bis einschließlich Oktober 60.

- Zu 4: Eine exakte Zahl dazu ist nicht zu ermitteln, sie dürfte aber höher liegen als unter 1 festgestellt, weil z.B. Spätaussiedler nicht mitgezählt werden.
- Zu 5: Mit Stand von Oktober 2006 leben in Jülich 8.462 Einwohner, die älter als 60 Jahre sind, davon sind 307 Ausländer.
- Zu 6: Eine genaue Übersicht über Migrantenorganisationen in Jülich ist der Verwaltung nicht bekannt. Zu den bekannten, z.B. zu dem Verein „Centro Cultural de Portugues de Jülich“, gibt es informelle Kontakte, z.B. durch Einladungen an den Bürgermeister.
- Zu 7: Das Integrationskonzept des Kreises Düren wurde in 2006 entwickelt und ist politisch noch nicht abschließend diskutiert und entschieden. Zur Zeit beschäftigt sich kein Amt federführend mit dem Konzept, einzelne Themenbereiche des Konzeptes werden von unterschiedlichen Stellen bearbeitet. Die Verwaltung hält die Integration von Ausländern und die Beschäftigung damit für ein wichtiges Thema, weist aber darauf hin, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt, für die zur Zeit keine Ressourcen bereitstehen und wenig Handlungsspielraum aufgrund der Vorgaben des HSK bestehen. Mit der Integrationsbeauftragten für den Kreis Düren wäre zu klären, inwieweit sie zentrale Aufgaben abdecken kann und was vor Ort geleistet werden sollte.

Abschließend erfolgt ein einvernehmlicher Auftrag an die Verwaltung (zu Frage 6). Die Stadt soll beim Amtsgericht Jülich nachfragen, ob von dort aus Angaben zu der Anzahl von Migrantenorganisationen in Jülich gemacht werden können.

3. Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten:
Vortrag und Gespräch mit dem Islambeauftragten der Kreispolizei
(Vorlagen-Nr.: 417/2006)

Beschluss:

ohne

Herr Gerd König stellt sich vor und erläutert seine Tätigkeiten und Aufgaben als „Kontaktberater für muslimische Vereine“ bei der Polizei Düren. Aufgrund des hohen Ausländeranteiles vor allem im Stadtgebiet Düren wurde die Stelle im Jahre 2003 eingerichtet. Herr König ist für das gesamte Gebiet des Kreises Düren zuständig als Ansprechpartner für die muslimischen Vereine, aber auch für Bürger, die diesbezüglich Fragen oder Probleme vorbringen.

Die Spezialisierung auf diese Aufgabe hat sich in der Form bewährt, dass Herr König inzwischen zu den Vereinen und Organisationen einen guten Kontakt hat und Schwierigkeiten aller Art meist schnell und vertrauensvoll bearbeitet und ausgeräumt werden können. Der Kontaktberater ist erreichbar unter der Telefonnummer 0151-16228518.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag.

Die Vorsitzende bittet die Verwaltung für den Bereich der Stadt Jülich möglichst gemeinsame Gespräche mit muslimischen Vereinen zu organisieren. Sie habe erfahren, dass dort ein großer Wunsch besteht miteinander zu sprechen um besser verstanden zu werden. Dies kann auch über Veranstaltungen geschehen, welche die VHS organisiert.

4. Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten:
hier: Antrag Nr. 46/2006 der SPD-Stadtratsfraktion vom 23.10.2006 zur Ausweisung eines muslimischen Gräberfeldes auf dem städtischen Friedhof Merscher Höhe
(Vorlagen-Nr.: 418/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimme(n), 1 Nein-Stimme(n), bei 0 Stimmenthaltung(en)

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Ausweisung eines Gräberfeldes für die Bestattung von Jülicher Muslimen ermöglicht werden kann.

Die Vorsitzende gibt weitere Erläuterungen zum Antrag der SPD-Fraktion vom 23.10.2006. Der Meinungsaustausch zeigt dass die Mehrheit der Ausschussmitglieder dem Thema nicht negativ gegenüber steht. Es gibt aber noch eine Vielzahl von offenen Fragen. (Bedarf, Liegenzeiten u.a.)

5. Landesgleichstellungsgesetz NRW:
hier: Barrierefreies Jülich - Barrierefreie Nutzung öffentlicher Wege und Plätze
Antrag Nr. 41/2006 der SPD-Stadtratsfraktion vom 31.08.2006
(Vorlagen-Nr.: 369/2006)

Beschluss:

Die Verwaltung wird entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion vom 31.08.2006 beauftragt die erforderlichen Prüfungen vorzunehmen und einen Stadtführer für Menschen mit Behinderungen zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimme(n), 10 Nein-Stimme(n), bei 1 Stimmenthaltung(en)

Frau Doose erläutert den Antrag der SPD-Fraktion vom 31.08.2006. In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass die Mehrzahl der Ausschussmitglieder der Auffassung sind, dass die im Antrag genannten Themen in dieser Form nicht weiter aufgegriffen werden sollen.

Herrn Schulz erklärt, dass die Themen bereits im PUB diskutiert wurden. Eine Umsetzung der im Antrag genannten Themenbereiche ist mit dem vorhandenem Personal nicht möglich. Er betont nochmals, dass die Verwaltung stets tätig wird, wenn behinderte Mitbürger auf neuerkannte Probleme aufmerksam machen.

Herr Hintzen schließt sich der Meinung von Herrn Schulz an.

Frau Doose schlägt vor einen besonderen Ansprechpartner bei der Verwaltung für Anträge von Behinderten zu benennen und dies auch besser zu publizieren.

Herr Schulz hält dies nicht für erforderlich. Die Anträge oder Meldungen werden normal weitergeleitet und kommen an.

Herr Mauermann ist der Auffassung, dass aufgrund seiner Erfahrungen, der Wunsch nach weiteren Prüfungen, Begehungen, Erstellung Stadtführer u.a., von dem betroffenen Personenkreis selbst, in dieser Form gar nicht vorhanden ist.

Im weiteren Meinungsaustausch, ob der Antrag nötig und berechtigt ist, oder ob die Stadt Jülich ihre Verpflichtungen erfüllt, führt zu keinem Einvernehmen.

Frau Doose berichtet von anderen Städten, die mit Erfolg einen Stadtführer für Behinderte herausgegeben haben. Der Bedarf an einem solchen Stadtführer für Jülich wird von der

überwiegenden Mehrheit der Ausschussmitglieder nicht geteilt. Auch sei ein solcher Plan zu aufwendig zu erstellen und erfahrungsgemäß bereits in kurzer Zeit überholt.

6. Sanierungskonzept für die städtischen Wohnhäuser im Bereich Schweizer Straße/Eschenweg - Sachstandsbericht
hier: Antrag Nr. 47/2006 der SPD-Stadtratsfraktion vom 23.10.2006
(Vorlagen-Nr.: 427/2006)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltunge(n)

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Schulz gibt Erläuterungen zur Sitzungsvorlage um auch die anwesenden Bürger aus dem Wohnbereich Schweizer Straße über den bisherigen Stand des Sanierungskonzeptes zu informieren. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass bereits in den Jahren 1975 und 1990 Konzepte zur Sanierung der Häuser erstellt wurden, welche allerdings aufgrund der erheblichen Kosten nicht verwirklicht werden konnten, da immer andere Maßnahmen als vordringlich betrachtet wurden. Herr Schulz betont in diesem Zusammenhang, dass die finanzielle Situation der Stadt Jülich heute aufgrund des Haushaltssicherungskonzeptes leider noch schwieriger als damals sei.

Herr Bochem vertritt die Auffassung, dass die Kosten für die Sanierung heute nur deshalb so teuer sind, weil die Stadt Jülich als Eigentümer der Häuser jahrelang ihrer Instandsetzungspflicht nicht nachgekommen ist. Dieser Umstand müsse bei der künftigen Mietberechnung berücksichtigt werden.

Dieser Aussage wird von Herrn Schulz widersprochen. Er betont dass die Stadt ihre Verpflichtungen erfüllt habe. Dies würde auch nichts an den jetzigen Sanierungskosten ändern.

Frau Doose äußert sich dahingehend, dass das vorliegende Konzept erheblich von dem abweicht, was die Verwaltung bisher favorisiert hat, nämlich den derzeit unbewohnten Wohnblock II abzureißen und die restlichen Häuser zu sanieren. Herr Schulz erklärt hierzu, dass die Finanzierung zur Zeit darauf aufbaut, dass die beiden Blocks I und IV entfallen und an dieser Stelle Einnahmen durch den Verkauf als Baugrundstücke eingerechnet werden können.

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich dafür, der Sprecherin der Anwohner, Frau Gase das Wort zu erteilen.

Frau Gase äußert sich enttäuscht vom bisherigen Vorgehen der Verwaltung und auch vom Sanierungskonzept. Sie würde ebenfalls gerne die Blöcke I und IV erhalten. Der Vorschlag anstelle von Block II ein weit größeren Neubau zu errichten hält Frau Gase nicht für gut. Die Bewohner könnten sich durch die Konzentration auf nur noch 3 Häuser zurückgedrängt fühlen.

Frau Doose vertritt die Meinung, dass möglichst eine Einwohnerversammlung einberufen werden sollte, um mit den Bewohner über die Sanierungspläne zu sprechen. Die von der Verwaltung beabsichtigten Einzelgespräche hält sie nicht für geeignet.

Herr Schulz gibt bekannt, dass die Verwaltung nach Klärung aller noch offenen Fragen (Finanzierung, Landesförderung, Wohnungsbindung) den Kontakt zu den Bewohnern aufnehmen wird, um die Grundlage für einen Beschluss erarbeiten zu können.

Interessierten Bewohner bietet er an, das er auf Anfrage jederzeit bereit ist, einen aktuellen Sachstandbericht zu geben.

7. Arbeitskreis Integration (AKI)
hier: Bericht
(Vorlagen-Nr.: 421/2006)

Beschluss:
ohne Beschluss

Als Vertreter der Frau Wirth-Weigelt, als Sprecherin des Arbeitskreises Integration berichtet Herr Mauermann über dessen Beratungen und Aktivitäten.

Während die Vorsitzende um häufigere Informationen über die laufenden Arbeiten des Arbeitskreises bittet, vertritt Herr Mauermann die Auffassung, dass die Politik bzw. der Ausschuss für Kultur, Integration und Soziales durch die dort vertretenen Mitglieder ausreichend informiert ist.

Laut Herrn Mauermann tritt der Arbeitskreis vier mal jährlich zusammen. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder ist der Auffassung, ein regelmäßiger Bericht im Ausschuss für Kultur, Integration und Soziales sei nicht erforderlich. Es soll nur bei besonderen Anlässen eine Mitteilung erfolgen.

8. Bericht des Stadtgeschichtlichen Museums/Museums Zitadelle Jülich
(Vorlagen-Nr.: 419/2006)

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Herr Perse erklärt auf Anfrage, dass neben den positiven Entwicklungen, zum Beispiel der guten Zusammenarbeit mit den Landesdienststellen, leider häufig negative Dinge in den Vordergrund treten. Der Umzug des Verwaltungsbereiches und das problematische Raumklima im Schlosskeller belastet die Arbeit des Museums. Der historische Ort ist von seinen klimatischen Verhältnissen als Museumsfläche nicht gut geeignet.

Die Vorsitzende bedankt sich für die umfangreiche Vorlage.

Mit einem Wort des Dankes schließt die Vorsitzende gegen 20:25 die Sitzung.